

BRANDENBURGNEWS
NACHRICHTEN IN KÜRZE

AUSREISSER

Sechsjähriger irrt nachts durch Beeskow

BEESKOW – Ein Sechsjähriger ist in der Nacht zum Donnerstag allein durch Beeskow geirrt. Ein Anwohner, der das nach seiner Mutter rufende Kind kurz nach Mitternacht bemerkte, informierte die Polizei, wie eine Polizeisprecherin mitteilte. Der Junge war in wetterfester Kleidung und mit einem Teddy im Arm unterwegs. Er erzählte den Beamten, dass er seine Mutter suche. Wenig später kehrte die Frau, die eine Freundin besucht hatte, wieder nach Hause zurück. Die Polizisten übergaben ihr den Jungen und informierten das Jugendamt. *dpa*

GRENZÜBERTRITT

Polizei verhindert Schleusung russischer Familie

POTSDAM – Die Einschleusung einer fünfköpfigen Familie aus Russland hat die Bundespolizei auf der Autobahn 12 im deutsch-polnischen Grenzgebiet verhindert. Zwei Personen hatten sich am Mittwochabend mit ihrem Auto der Kontrolle durch polnische Grenzbehörden entzogen, wie die Bundespolizei mitteilte. Auf Hinweis von polnischen Beamten stoppte die Polizei den Pkw auf dem Rastplatz Biegener Hellen. Darin befanden sich zwei Schleuser, drei Kinder im Alter von vier, neun und zwölf Jahren sowie deren Vater und seine Freundin. *dpa*

ENERGIE

Stadt Luckau plant neue Steuer für Windräder

LUCKAU – Die Stadt Luckau (Dahme-Spreewald) plant die Einführung einer Windradsteuer. Wie die „Märkische Oderzeitung“ berichtet, erhofft sich die Kommune dadurch Mehreinnahmen in sechsstelliger Höhe. „Wir werden die Versparung vor unserer Haustür nicht länger hinnehmen“, sagte Bürgermeister Gerald Lehmann (parteilos). Die Steuer wäre bundesweit ein Novum. Derzeit stehen bereits Dutzende Windräder in der Nähe der Stadt, 19 neue sollen hinzukommen. Der Bürgermeister kalkuliert mit Einnahmen von 3500 bis 5000 Euro pro Jahr und Windrad. *dpa*

VOLKSBEGEHREN

25 000 Unterschriften für Brandenburger Alleen

POTSDAM – Die Initiatoren der Volksinitiative zur Erhaltung der brandenburgischen Alleen haben im Landtag mehr als 25 000 Unterschriften übergeben. Landtagsvizepräsidentin Gerrit Große nahm die Listen gestern entgegen. Mit der Volksinitiative wollen Umweltschutzverbände und Organisationen das Parlament dazu zwingen, die geplante Fällung zahlreicher Alleebäume zu überdenken. Agrarminister Jörg Vogel (SPD) kündigte bereits an, sich für den Erhalt der Bäume einzusetzen. Aus Sicht von Natur- und Umweltschutzverbänden sind die Alleen in akuter Gefahr, da nach dem Willen der Landesregierung weit mehr Bäume gefällt als nachgepflanzt werden sollten. *dpa*

Brücke zum Flughafen BBI



Es ist vollbracht: Bauarbeiter betonieren die letzte Brücke zur Straßenanbindung des künftigen Hauptstadtflughafens BBI

SCHÖNEFELD – Wenigstens im Straßenbau liegt der neue Hauptstadtflughafen Berlin Brandenburg International (BBI) voll im Plan. Gestern wurde die letzte von insgesamt neun Straßenbrücken betoniert. Über die etwa 50

Meter lange Überführung aus Spannbeton werden Passagiere und Besucher bis direkt vor das Terminal oder die Airport-City fahren können. Laut Flughafensprecher Ralf Kunkel wird der BBI mit dem Auto „exzellent

aus der Berliner City erreichbar“ sein. Wegen technischer und organisatorischer Probleme war dessen zunächst für Oktober 2011 angekündigte Eröffnung um sieben Monate auf den 3. Juni 2012 verschoben worden. *fu*

Finanzminister: Es bleibt bei der Haushaltssperre

POTSDAM – Finanzminister Helmuth Markov (Linke) hält an der umstrittenen Haushaltssperre fest. Die Sperre werde nicht zurückgenommen, sagte Markov gestern unter Verweis auf den Halbjahresbericht zur Finanzlage des Landes. Nur mit der Sperre könne eine unverwertbare, zusätzliche Belastung künftiger Jahresetats vermieden werden.

Auch mit der Haushaltssperre bestehe rein rechnerisch die Möglichkeit, dass sich bis zum Jahresende ein Defizit von 117 Millionen Euro ergebe, betonte der Minister. Dies wäre jedoch beherrschbar. Im Unterschied zum Vorjahr verfüge das Land über keine Reserven, fügte Markov hinzu. 2009 sei ein Defizit von 145 Millionen Euro mit dem in früherer Zeit angelegten Finanzpolster von 149 Millionen Euro noch aufgefangen worden. Dadurch sei keine höhere Neuverschuldung nötig gewesen. Markov hatte die Haushaltssperre Anfang Juni nur drei Wochen nach dem Beschluss des Etats mit einem möglichen negativen Saldo in dreistelliger Millionenhöhe begründet. Anschließend gab es Berichte über angebliche eklatante Rechenfehler des Ministers und scharfe Kritik von Haushaltsexperten aller Ministerien. Die Opposition im Landtag hielt Markov vor, mit der nicht nötigen Sperre den Aufschwung im Land zu bremsen. Markov sagte dazu, auch mit der viel kritisierten Haushaltssperre stünden im laufenden Jahr mehr Investitionsmittel bereit als im vergangenen Jahr. Das eigentliche Problem werde 2011 kommen. Dann reche er mit einer Deckungslücke von 440 Millionen Euro. *dpa*

Bislang 25 Gebote für Grundstücke am Griebnitzsee

Die Stadt Potsdam schweigt zum Bieterverfahren. Es geht um mindestens drei Millionen Euro. Die Ausschreibungsfrist endet heute um 24 Uhr

■ VON FRIEDRICH V.D. HAGEN

POTSDAM – Die Potsdamer Stadtverordneten würden gerne so frei durchatmen können wie auf einem freien Uferweg am Griebnitzsee. Doch der politische und vielleicht juristische Weg dorthin könnte für sie lang und steinig werden. Der Bund wird heute um 24 Uhr das Bieterverfahren für seine Grundstücke am Griebnitzsee beenden. Nach welchen Kriterien über einen Verkauf der Flächen entschieden wird, ist noch unklar. Die Potsdamer Stadtspitze hofft auf eine politische Lösung, denn sie hat nicht das Geld, um gegen private Mitbieter zu gewinnen. Sie möchte auf einem Teil der 3,1 Hektar Grünflächen in bester Lage einen öffentlichen Uferweg realisieren. Mehrere Anlieger wollen das verhindern, denn der Weg führt auch über ihre Grundstücke.

Das Stadtparlament hatte mit nur fünf Gegenstimmen beschlossen, sich am Bieterverfahren der Flächen des Bundes zu

beteiligen. Und das, obwohl die Stadt das Verfahren für unzulässig hält. Die Sondersitzung verlief am Mittwochabend unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Auch kurz vor Ausschreibungsende wollte man sich nicht in die Karten schauen lassen. Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) verriet nach der Sitzung nur das Nötigste: „Das Mindestgebot werden wir erfüllen können.“ Die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (Bima) hatte dies zu Beginn der Ausschreibung vor rund einem Monat auf drei Millionen Euro festgelegt.

Im Gegensatz dazu pokern die Anlieger anscheinend hoch. Bei der Potsdamer Außenstelle der Bima waren bis gestern Nachmittag rund 25 Gebote eingegangen. Die Ausschreibung ermöglicht es den Bietern, für die Gesamtfläche oder für Teilgrundstücke zu bieten, jeweils mit oder ohne ein Wegerecht für die Stadt Potsdam. Einige Bieter seien Einzelpersonen, deren Gebote sich auf Teilflächen beziehen, bestätigte die stellvertretende Bim-

hauptstellenleiterin, Gabriela Ostermann. Manche Bieter könnten mit einer Teilfläche ihr Grundstück bis zum Ufer ausdehnen. Laut Walter Raffauf von der Initiative „Griebnitzsee für alle“ würden einige einen Uferweg zulassen. Jedoch gebe es auch eine Gruppe von Anliegern, die noch bis zuletzt Mitbieter suche, um die Gesamtflächen zu bekommen. Der Rechtsvertreter einiger Anlieger vom Griebnitzsee, der Anwalt Christoph Partsch, wollte zum Verhalten seiner Mandanten keine Auskunft geben. Nach Informationen der Berliner Morgenpost könnte am Ende das Höchstgebot das Doppelte, wenn nicht das Dreifache des Mindestgebots von drei Millionen Euro betragen.

Statt solch hoher Summen gab Oberbürgermeister Jakobs dem Potsdamer Gebot eine politische Botschaft mit auf den Weg: „Nun liegt es am Bundesfinanzministerium, am Bundestag und am Bundesrat, um den Zuschlag für den Kauf der

Grundstücke zu geben.“ Diese Aussage könnte verwundern, wenn nicht ohnehin klar wäre, dass die Stadt sich nur aus formalen Gründen an der Ausschreibung beteiligt. In den vergangenen Monaten hatte die Stadtspitze wiederholt versucht, Druck auf den Bund auszuüben, unter anderem mit Briefen an Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) und zwei Rechtsgutachten, die besagen, dass eine offene Ausschreibung unzulässig sei und der Bund der Kommune ein Vorkaufsrecht einräumen müsse. Potsdam hofft auf eine politische Lösung des Konflikts.

Ein Sprecher des Finanzministeriums sagte, die Ausschreibung sei rechtlich nicht zu beanstanden. Jedoch würden vor einem Verkauf neben den wirtschaftlichen auch die gesellschaftlichen Aspekte bewertet. Offiziell gebe es keine positiven Signale vom Bund, sagte SPD-Fraktionschef Mike Schubert. Doch ist klar, dass sich der Haushaltsausschuss des Bundestages mit dem Fall beschäftigen wird. Aus dem Gremium kommen verschiedene Signale. SPD und Grüne unterstützen die Position Potsdams. Die CDU will einen „fairen Interessenausgleich“, denn es werde „mit hoher Wahrscheinlichkeit rechtlich-

che Auseinandersetzungen“ geben. Die Potsdamer Stadtspitze und der Städte- und Gemeindebund Brandenburg haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Fall Präzedenzcharakter habe. Denn auch in anderen Kommunen könnten private Interessen dem Gemeinwohl entgegenstehen. Für den Bund steht also eine Grundsatzzfrage an. Ob sich deshalb auch der Bundesrat mit der Entscheidung am Griebnitzsee befassen wird, ist nicht klar. Zunächst soll der Haushaltsausschuss des Bundes den Verkauf absegnen.

Lange Zeit hatte sich die Stadt nicht festlegen wollen, ob man sich überhaupt an einem Verfahren beteiligen sollte, das ihr Gutachter als nicht rechtskonform eingestuft hatte. Die Unsicherheit ist groß bei der Stadt Potsdam. Anscheinend war bis kurz vor der Sondersitzung am Mittwoch noch unklar, worüber man abstimmen sollte. Die Verwaltung hatte ihren ursprünglichen Vorschlag kurzfristig geändert. In der ersten Beschlussvorlage war zunächst geplant, auf dem bisherigen Angebot zu beharren: 2,61 Millionen Euro für die gesamten Flächen. Jedoch hätte dieser Vorschlag die Mindestanforderung der Ausschreibung nicht erfüllt.

Familienanzeigen

Heute wäre mein Mann

Bäckermeister

Karl-Heinz Prohasek

90 Jahre alt geworden.

Du fehlst mir · Ingrid

Ein BLICK AUF JESUS + rettet vor Verzweiflung.

- Brasilien EUR 27,-
- Karibik EUR 27,-
- Äthiopien EUR 27,-
- Kenia EUR 27,-
- Honduras EUR 27,-
- Mexiko EUR 27,-
- Indien EUR 27,-
- Uganda EUR 27,-

All inclusive!*

Wo andere Urlaub machen, kämpfen Kinder ums Überleben. Mit Ihrer Patenschaft für 27,- Euro im Monat lebt ein Kind unter menschenwürdigen Bedingungen: inklusive Essen, Schulbildung, medizinischer Versorgung und Unterkunft. Erstaunlich günstig - besonders für das Kind. Informationen per Post und unter: www.ccf-kinderhilfswerk.de

*Für ein Kind in Not



Postfach 11 05, 72601 Nürtingen
Tel. 07022 92590, Fax 07022 925944
Kto.-Nr.: 7 780 006, BIZ 601 205 00

Angst vor starken Regenfällen im Hochwassergebiet

POTSDAM/COTTBUS – Nach dem Abfließen des Hochwassers in Südbrandenburg könnten neue Regenfälle die Region erneut vor Probleme stellen. Vorerst hält sich die Gefahr aber wohl in Grenzen. Derweil fielen die Pegelstände der Neiße und Spree nach Angaben des Landesumweltamtes unter die niedrigste Alarmstufe 1. In Cottbus blieb die Spree knapp unter dieser Marke. Die Katastrophenschutzstäbe auf Landesebene und im Kreis Spree-Neiße stellen ihre Arbeit ein.

In der Lausitz seien in der Nacht zum Freitag etwa zehn Liter Regen pro Quadratmeter möglich, sagte der Meteorologe des Deutschen Wetterdienstes, Gerd Saalfrank, gestern in Potsdam. „Im Spreewald ist es etwas mehr, an der Neiße etwas weniger.“ Stärkere Niederschläge wurden allerdings in der sächsischen Oberlausitz im Oberlauf von Spree und Neiße erwartet.

Innenstaatssekretär Rudolf Zeeb dankte den Helfern und Mitarbeitern der Katastrophenschutzstäbe für ihre Arbeit. Vor allem durch ihre Einsatzbereitschaft hätten die alten Deiche trotz manch kritischer Situationen gehalten werden können, sagte er gestern in Potsdam. Zur Hochwasserabwehr waren den Angaben zufolge zeitweilig mehr als 1000 Kräfte im Einsatz. Es waren 560 000 Sandsäcke, Deichvlies, Sandsackfüllmaschinen und weitere Materialien bereit gestellt worden.

Brandenburgs Umweltministerin Anita Tack (Linke) forderte mit Blick auf künftige Hochwasserlagen eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern.

Denn das Hochwasser mache an der Landesgrenze nicht halt, sagte sie im RBB-Inforado. Notwendig seien unter anderem ein besserer Datenaustausch sowie eine bessere Abstimmung auch mit den angrenzenden EU-Ländern zum vorbeugenden Hochwasserschutz.

Der Krisenstab in Guben werde vorerst weiterarbeiten, kündigte der stellvertretende Bürgermeister Fred Mahro (CDU) an. „Hier müssen immer noch einige Sickerstellen im Deich beobachtet werden“. Der Pegelstand sei in Guben in 24 Stunden bis Donnerstagmittag um rund 80 Zentimeter auf 4,46 Meter gefallen. Das ist noch dreimal höher als sonst im Sommer. Das Neiße-Hochwasser fließt bei Ratzdorf in die Oder, aber auch dort wurde nirgendwo die Alarmstufe 1 erreicht. Auch in Cottbus normalisiere sich die Lage, sagte ein Rathausprecher. Allerdings werden die zehn gefährdeten Stellen an den Spreedeichen weiter gesichert. Von der 15 Kilometer südlich gelegenen Talsperre Spremberg würden nur noch 64 Kubikmeter Wasser pro Sekunde statt 70 Kubikmeter wie am Vortag abgegeben, so der Cottbuser Abteilungsleiter des Landesumweltamtes, Wolfgang Genehr. „Wir dürfen aber den Regen nicht außer Acht lassen, denn der Boden ist noch stark durchnässt“, warnte der Wasserexperte. Mit einem atlantischen Tief ziehen bis Sonntag gewittrige Schauer auf den Süden Brandenburgs zu. Die Meteorologen sagten bis zu 70 Liter Regen pro Quadratmeter voraus. Deshalb könne es in der Region noch keine Entwarnung geben. *dpa*

ANZEIGE

ExtraZins-Sparbrief
www.mbsdirekt.de
2,2%
Vier Jahre Laufzeit.
mbs direkt
Das Direktbanking der Mittelbrandenburgischen Sparkasse in Potsdam

Neun Kandidaten treten bei OB-Wahl an

POTSDAM – Neun Kandidaten wollen am 19. September zur Oberbürgermeisterwahl in Potsdam antreten. Bis zum Einsendeschluss gestern um 12 Uhr hätten neun Personen ihre Bewerbungsunterlagen eingereicht, teilte die Stadtverwaltung mit. Amtsinhaber ist der SPD-Politiker Jann Jakobs, der sich für eine zweite Amtszeit bewirbt. Weitere Kandidaten: Hans-Jürgen Scharfenberg (Linke), Barbara Richstein (CDU), Marie Luise von Halem (Grüne), Marcel Yon (FDP), Benjamin Bauer (Die Andere), Marek Thutewohl (Piraten). Hinzu kommen die beiden Einzelbewerber Rainer Brozio und Christian Schönauer. *dpa*

Firmennachrufe

„Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.“
Kabbalist Baal Schem Tow

Werner Bab

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
geboren am 2. Oktober 1924 in Oberhausen
gestorben am 31. Juli 2010 in Berlin

In den letzten fünf Jahren engagierte sich Werner Bab unermüdlich und warb für Demokratie, Toleranz und Volkerverständigung. Mit seiner lebensbejahenden und positiven Einstellung stand er unzähligen Schülern als Zeitzeuge zur Verfügung. Offen beantwortete Werner Bab die gestellten Fragen zu seinen Erlebnissen als Häftling in den Konzentrationslagern Auschwitz, Mauthausen und Ebensee, um vor den Folgen totalitärer Regime zu warnen.

Dein plötzlicher Tod hat uns alle überrascht.
Wir vermissen Dich sehr.
Deine Vereinsfreunde von indialogle.V.